

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/203680]

22. APRIL 2024 — Sonderdekret zur Schaffung eines Zentrums für inklusive Pädagogik

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Sonderdekret findet Anwendung auf das Zentrum für inklusive Pädagogik, nachstehend als Zentrum bezeichnet.

Bei dem zu gründenden Zentrum handelt es sich um eine Unterrichtseinrichtung gemäß Artikel 24 der Verfassung.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Sonderdekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Allgemeine Zielsetzung

Das Zentrum setzt sich im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben gemäß Artikel 4 dafür ein, dass der Fokus stets auf die optimale Entfaltung des Bildungspotenzials der Schüler in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet ist. Es verpflichtet sich ferner zur Förderung des Rechts auf inklusive Bildung und angemessene Vorkehrungen gemäß Artikel 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006, und gemäß Artikel 22ter der Verfassung.

Art. 4 - Aufgaben

§ 1 - Die Aufgaben des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Zentrums für Förderpädagogik werden an das Zentrum übertragen. Das Zentrum übt die übertragenen Aufgaben gemäß den Modalitäten aus, die per Gesetz, Dekret oder Erlass festgelegt sind.

Die in Absatz 1 angeführten Aufgaben sind folgende:

1. Erteilung von Förderschulunterricht auf Fördergrundschul- und Fördersekundarschulebene;
2. Hilfestellung bei der beruflichen Integration der Schüler und Gewährleistung integrativer Praktika in den Betrieben;
3. Führen eines Internats;
4. Bereitstellung von Fachpersonal für förderpädagogische Maßnahmen in den Regelschulen;
5. Koordinierung der förderpädagogischen Maßnahmen in den Regelschulen;
6. Hilfestellung und Beratung bei der Erstellung von individuellen Förderplänen;
7. Beratung und Begleitung der Regelschulen und der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands in förderpädagogischen Fragen;
8. Hilfestellung bei der methodisch-didaktischen, pädagogischen und psychologischen Kompetenzerweiterung der Regel- und Förderschulen sowie der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands;
9. Betreuung von Schülern, die aufgrund von besonderen Schwierigkeiten während eines bestimmten Zeitraums den normalen Schulbetrieb verlassen und sozialpädagogisch betreut werden müssen mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Reintegration in den Schulalltag;
10. Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen der Personalmitglieder im Unterrichtswesen;
11. Beratung und Begleitung im Bereich der interkulturellen Pädagogik und Sprachförderung;
12. Erstellung und Anerkennung von Gutachten;
13. Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten in förderpädagogischen Fragen und bei der Steuerung ihrer Umsetzung.

§ 2 - Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Zentrum mit allen im Bereich der Förderpädagogik tätigen Partnern sowie mit allen Einrichtungen zusammen, in deren Zuständigkeitsbereich die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, geschehen zu New York am 13. Dezember 2006 fällt.

Das Zentrum schafft die notwendigen Strukturen zur Zusammenarbeit mit diesen Partnern und Einrichtungen. In dem in Artikel 99.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Jahresbericht wird über die vorstehend erwähnte Zusammenarbeit berichtet.

§ 3 - Unbeschadet der § 1 und 2 können dem Zentrum weitere Aufgaben per Dekret zugewiesen werden.

KAPITEL 2 — *Rechtsnatur, Form und Funktionsweise des Zentrums**Abschnitt 1 — Gründung***Art. 5 - Gründung**

Die Gründung des Zentrums erfolgt durch Schließung eines entsprechenden Abkommens zwischen den Schulträgern, die ein gemeinsames Zentrum für inklusive Pädagogik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren: einerseits die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, andererseits das freie konfessionelle subventionierte Unterrichtswesen, vertreten durch die Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 6 - Inhalt des Gründungsabkommens

Das in Artikel 5 angeführte Abkommen umfasst Bestimmungen über mindestens folgende Punkte:

1. Name und Sitz des Trägers,
2. Name und Standort des Zentrums,
3. Bezeichnung des ersten Direktors, wobei die Dauer der ersten Bezeichnung maximal vier Jahre beträgt,
4. Bezeichnung der ersten Förderschulleiter und des ersten Leiters des Beratungs- und Unterstützungsdienstes,
5. Aufstellung der Immobilien und der wichtigsten Mobilien, die übertragen oder zur Verfügung gestellt werden.

*Abschnitt 2 — Rechtsnatur***Art. 7 - Rechtsnatur**

Das Zentrum ist eine autonome juristische Person des öffentlichen Rechts.

Das Zentrum ist eine Einrichtung öffentlichen Interesses gemäß Artikel 87 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und unterliegt den Bestimmungen dieses Dekrets in seiner Fassung vom 1. Juni 2023.

Abschnitt 3 — Verwaltungsstruktur des Zentrums

Unterabschnitt 1 — Struktur, Verwaltungs- und Mitwirkungsorgane

Art. 8 - Struktur des Zentrums

§ 1 - Das Zentrum wird von einem Direktor geleitet und besteht aus mehreren Förderschulstandorten mit angegliedertem Internat und einem Beratungs- und Unterstützungsdienst.

§ 2 - Das Zentrum organisiert Förderunterricht auf Grund- und Sekundarschulebene.

Der Fördergrundschulunterricht wird an vier Standorten organisiert:

1. Eupen, Monschauer Straße,
2. Eupen, Heidberg,
3. Bütgenbach,
4. Sankt Vith.

Der Fördersekundarunterricht wird am Standort Eupen organisiert.

Alle Förderschulstandorte unterstehen je einem Förderschulleiter.

Jeder Förderschulstandort befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einer Regelschule. An jedem so entstandenen Campus bildet die Förderschule mit mindestens einer Regelschule eine inklusive Schule auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten pädagogischen Konzepts.

§ 3 - Das Internat befindet sich in Eupen und untersteht einem Internatsverwalter.

§ 4 - Das Zentrum umfasst einen Beratungs- und Unterstützungsdienst, der einem Leiter untersteht.

§ 5 - Die Förderschulleiter, der Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes und der Internatsverwalter unterstehen dem Direktor.

Art. 9 - Verwaltungs- und Mitwirkungsorgane

Die Verwaltungsorgane des Zentrums sind der Verwaltungsrat und die Direktion.

Der Verwaltungsrat ist der Schulträger des Zentrums.

Die Mitwirkungsorgane sind die Pädagogischen Räte der Förderschulstandorte, des Internats und des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie vom Verwaltungsrat eingesetzte Beratungsgremien.

Unterabschnitt 2 — Verwaltungsrat

Art. 10 - Zusammensetzung und Mandatsdauer

§ 1 - Der Verwaltungsrat setzt sich aus den folgenden stimmberechtigten Mitgliedern zusammen:

1. zwei Vertreter des Schulträgers des Gemeinschaftsunterrichtswesens,
2. zwei Vertreter des Schulträgers des freien subventionierten Unterrichtswesens,
3. ein Vertreter des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens,
4. ein Vertreter der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands,
5. ein Vertreter der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
6. ein Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
7. ein Vertreter aus dem Bereich Weiterbildung und Forschung zur inklusiven Bildung,
8. ein Vertreter, der die Interessen der Erziehungsberechtigten vertritt,
9. ein Vertreter aus dem Bereich der Gesundheitsinformation und -prävention.

An den Sitzungen des Verwaltungsrats nehmen mit beratender Stimme teil:

1. die in Artikel 88 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Regierungskommissare,
2. der Direktor des Zentrums, der Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes sowie ein von der Direktion entsandter Förderschulleiter, es sei denn, der Verwaltungsrat trifft für eine bestimmte Sitzung eine anderslautende Entscheidung,
3. zwei Vertreter der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
4. zwei Vertreter der überberuflichen Arbeitgeberorganisationen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Mandate der in Absatz 1 und in Absatz 2 Nummern 3 und 4 angeführten Mitglieder dauern fünf Jahre und sind erneuerbar.

Die in Absatz 1 und 2 angeführten Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen kein politisches Mandat bekleiden. Zudem dürfen sie weder Personalmitglied des Zentrums, mit Ausnahme der in Absatz 2 Nummer 2 angeführten Mitglieder, noch Personalmitglied einer der in Artikel 87 § 2 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Einrichtung öffentlichen Interesses sein.

§ 2 - Für jedes der in § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder wird ein Ersatzmitglied vorgesehen mit Ausnahme der Nummern 5 und 6, für die jeweils zwei Ersatzmitglieder vorgesehen werden. Jedes Ersatzmitglied wird nach den gleichen Kriterien ausgewählt wie das effektive Mitglied, das es ersetzt. Verliert ein Mitglied des Verwaltungsrats die Eigenschaft, aufgrund derer es Mitglied des Verwaltungsrats ist, endet sein Mandat und das Ersatzmitglied führt es zu Ende. Scheidet das Ersatzmitglied aus, erfolgt eine neue Bestellung für den verbleibenden Zeitraum. Die Mitglieder haben ferner die Möglichkeit, sich bei den Sitzungen von ihren Ersatzmitgliedern vertreten zu lassen.

§ 3 - Die Regierung bestellt die in § 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 angeführten Mitglieder und die Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats auf Vorschlag der in denselben Nummern angeführten Instanzen und die in § 1 Absatz 1 Nummern 7 bis 9 angeführten Mitglieder und Ersatzmitglieder auf Vorschlag des Beirats für Menschen mit einer Beeinträchtigung. Auf Vorschlag der vorerwähnten Instanzen kann die Regierung den Mitgliedern oder Ersatzmitgliedern zu jedem Zeitpunkt das Mandat entziehen und für den verbleibenden Zeitraum neue Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder bestellen.

§ 4 - Der Verwaltungsrat wird von einem Vorsitzenden geleitet, der aus der Mitte des Verwaltungsrats bestellt wird. Ferner wird ein stellvertretender Vorsitzender vorgesehen, der ebenfalls aus der Mitte des Verwaltungsrats bestellt wird.

Beim Bestellungsverfahren gilt die Bestimmung des Artikels 13 Absatz 1. Die betreffende Sitzung wird vom ältesten der in § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder geleitet. Die in Artikel 12 angeführte Geschäftsordnung legt die weiteren Modalitäten des Verfahrens fest.

§ 5 - Der Verwaltungsrat kann Personalvertreter sowie interne und externe Experten konsultieren und sie beratend an den Sitzungen teilnehmen lassen. Die näheren Modalitäten legt der Verwaltungsrat in der in Artikel 12 angeführten Geschäftsordnung fest.

Art. 11 - Aufgaben

Der Verwaltungsrat verfügt über alle Befugnisse und Zuständigkeiten eines Schulträgers, die zur inhaltlich-strategischen Ausgestaltung sowie zur Organisation und Verwaltung des Zentrums erforderlich sind, u. a.:

1. die Bezeichnung des Direktors, mit Ausnahme des ersten Direktors,
2. die definitive Ernennung der Personalmitglieder,
3. die Bezeichnung der zeitweiligen Personalmitglieder,
4. die Verwendung der Finanzmittel (Haushaltsplan),
5. die Vergabe von Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträgen,
6. die Aufstellung eines Inventars aller Immobilien des Zentrums,
7. die Festlegung von baulichen Maßnahmen und Unterhaltsarbeiten,
8. die Festlegung der Aufträge an das Personal,
9. die Festlegung des Bildungsprojekts unter Berücksichtigung der in Artikel 3 festgelegten allgemeinen Zielsetzung des Zentrums.

Der Verwaltungsrat kann dem Direktor Entscheidungsbefugnisse übertragen.

Art. 12 - Geschäftsordnung

Der Verwaltungsrat erstellt eine Geschäftsordnung und legt sie der Regierung zur Genehmigung vor.

Art. 13 - Anwesenheitsquorum

Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sechs Mitglieder anwesend sind.

Wenn das für das Treffen eines Beschlusses erforderliche Anwesenheitsquorum nicht erreicht wird, hält der Verwaltungsrat frühestens am siebten Tag und spätestens am vierzehnten Tag nach diesem Treffen eine neue Versammlung ab. Während dieser Versammlung kann unabhängig von der Anzahl anwesender Mitglieder ein Beschluss gefasst werden.

Art. 14 - Abstimmungsquorum

Ein Beschluss wird mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmenthaltungen sind nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit ist die Stimme des Vorsitzenden oder, bei dessen Abwesenheit, des stellvertretenden Vorsitzenden ausschlaggebend.

Art. 15 - Gutachten und Konsultation

Der Verwaltungsrat kann Gutachten der Pädagogischen Räte oder des in Artikel 19 angeführten Beratungsgremiums einholen.

Bei den in der Geschäftsordnung festgelegten Entscheidungen, die das Personal betreffen, wird dieses konsultiert. Dies geschieht unbeschadet der Zuständigkeiten der Verhandlungs- und Konzertierungsausschüsse, die durch das Gesetz vom 19. Dezember 1974 zur Regelung der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften der Bediensteten, die von diesen Behörden abhängen, und durch die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt sind.

Unterabschnitt 3 — Direktion

Art. 16 - Zusammensetzung

Die Direktion setzt sich zusammen aus dem Direktor, den Förderschulleitern und dem Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienstes unbeschadet des Artikels 8 § 5.

Art. 17 - Aufgaben und Arbeitsweise

§ 1 - Der Direktion obliegt die tägliche Verwaltung und Organisation des Zentrums im administrativen, technischen, finanziellen und inhaltlichen Bereich.

Sie erfüllt außerdem folgende Aufgaben:

1. Sie setzt die Beschlüsse des Verwaltungsrates um.
2. Sie legt dem Verwaltungsrat den Haushaltsplan zur Annahme vor.
3. Sie bereitet den Plan der offenen und zeitweiligen Stellen vor.
4. Sie verfasst für den Verwaltungsrat den jährlichen Bericht über die Aktivitäten des Zentrums, der als Grundlage für den in Artikel 99.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Jahresbericht dient.
5. Sie macht Vorschläge zu baulichen Maßnahmen und Unterhaltsarbeiten.
6. Sie wacht über die Anwendung der Arbeitsordnung.

Unbeschadet dekretaler Bestimmungen, die Aufgaben unmittelbar an den Direktor, die Förderschulleiter oder den Leiter des Beratungs- und Unterstützungsdienst übertragen, legt der Verwaltungsrat die genaue Aufgabenbeschreibung des Direktors, der Förderschulleiter und des Leiters des Beratungs- und Unterstützungsdienstes fest.

§ 2 - Die Direktion bereitet die Verwaltungsratssitzungen in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat vor.

Unterabschnitt 4 - Mitwirkungsorgane

Art. 18 - Pädagogische Räte

Der Verwaltungsrat setzt für jeden Standort der Förderschule, für das Internat und für den Beratungs- und Unterstützungsdienst jeweils einen Pädagogischen Rat ein.

In Abweichung von Absatz 1 steht es dem Verwaltungsrat frei, mehrere Pädagogische Räte zu einem Pädagogischen Rat zusammenzulegen.

Der Pädagogische Rat hat ein Informations- und Beratungsrecht in allen pädagogischen Fragen und in allen Angelegenheiten, die die Organisation der Förderschulstandorte, des Internats oder des Beratungs- und Unterstützungsdienstes betreffen.

Die Zusammensetzung, die Aufgaben und die Funktionsweise der Pädagogischen Räte werden per Dekret geregelt.

Art. 19 - Beratungsgremium

Der Verwaltungsrat kann ein Beratungsgremium einberufen, um zu spezifischen Fragestellungen Gutachten in Auftrag zu geben.

Der Verwaltungsrat entscheidet über die Zusammensetzung und Beauftragung des Beratungsgremiums.

Abschnitt 4 — Philosophische Grundlage

Art. 20 - Philosophische Grundlage

Die artikulierte Pluralität bildet die philosophische Grundlage für den Auftrag und das Angebot des Zentrums. Sie betrifft sowohl den Einzelnen als auch die Einrichtung als solche.

Artikulierte Pluralität bedeutet, dass jedes Personalmitglied das Recht hat zu artikulieren, was es als Person innerhalb des Auftrags des Zentrums und innerhalb seiner Funktion verantworten kann. Dabei sind die Überzeugungen des anderen zu respektieren und die Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes und vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 sowie die Verfassung zu achten.

Der Auftrag und das Angebot des Zentrums verwirklichen sich im Geist größtmöglicher Wissenschaftlichkeit und ausgewogener Sachlichkeit.

KAPITEL 3 — Immobilien

Art. 21 - Inventar der Immobilien

Der Verwaltungsrat stellt ein Inventar aller Immobilien des Zentrums mit Vermerk über deren Herkunft und Bestimmung auf. Er übermittelt dieses Inventar der Regierung.

Die Regierung legt die Modalitäten bezüglich der Aufstellung dieses Inventars fest.

Das Inventar wird vom Verwaltungsrat laufend aktualisiert. Jede Änderung oder Anpassung wird jährlich zusammen mit dem Haushaltsvorschlag dem Regierungskommissar mitgeteilt, der diese Unterlagen an die Regierung weiterleitet.

KAPITEL 4 — *Inkrafttreten***Art. 22 - Inkrafttreten**

Das vorliegende Sonderdekret tritt am 1. September 2024 in Kraft mit Ausnahme von Artikel 4, der zu einem Zeitpunkt in Kraft tritt, der im Dekret über das Zentrum festgelegt wird.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Gegeben zu Eupen, den 22. April 2024

O. PAASCH,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS,

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS,

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG,

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 340 (2023-2024) Nr. 1 Sonderdekretentwurf

340 (2023-2024) Nr. 2 Bericht

340 (2023-2024) Nr. 3 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 22. April 2024 - Nr. 72 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/203680]

22 AVRIL 2024. — Décret spécial portant création d'un Centre de pédagogie inclusive

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}.** Champ d'application

Le présent décret spécial s'applique au Centre de pédagogie inclusive, ci-après dénommé le « Centre ».

Le Centre à fonder est un établissement d'enseignement au sens de l'article 24 de la Constitution.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret spécial, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3. Objectifs généraux

Dans le cadre de l'accomplissement de ses missions telles que définies à l'article 4, le Centre s'engage à toujours se concentrer sur le développement optimal du potentiel éducatif des élèves salariées en Communauté germanophone. Il s'engage également à promouvoir le droit à une éducation inclusive et à des aménagements raisonnables, conformément à l'article 24 de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées et à son protocole facultatif, faits à New York le 13 décembre 2006, et à l'article 22^{ter} de la Constitution.

Art. 4. Missions

§ 1^{er} - Les missions du Centre de pédagogie de soutien organisé par la Communauté germanophone sont transférées au Centre. Le Centre exerce les compétences transférées selon les modalités fixées par une loi, un décret ou un arrêté.

Les missions visées à l'alinéa 1^{er} sont les suivantes :

- 1° dispenser l'enseignement spécialisé au niveau des écoles fondamentales et secondaires spécialisées;
- 2° fournir de l'aide lors de l'intégration professionnelle des élèves et garantir des stages d'intégration en entreprise;
- 3° diriger un internat;
- 4° mettre à la disposition des écoles ordinaires des spécialistes en mesures de soutien pédagogique;
- 5° coordonner les mesures de soutien pédagogique dans les écoles ordinaires;
- 6° aider et conseiller lors de l'élaboration de plans de soutien individuels;
- 7° conseiller et encadrer les écoles ordinaires et les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes sur les questions relatives au soutien pédagogique;
- 8° fournir une aide aux écoles ordinaires et aux centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes lors de l'élargissement de leurs compétences didactico-méthodologiques, pédagogiques et psychologiques;
- 9° assurer la guidance d'élèves qui, en raison de difficultés particulières, quittent le circuit scolaire normal pendant une période déterminée et doivent bénéficier d'un soutien sociopédagogique afin d'être réintégrés le plus rapidement possible dans le système scolaire;
- 10° organiser et mettre en œuvre des mesures visant à élargir les compétences en pédagogie de soutien chez les membres du personnel de l'enseignement;
- 11° assurer le conseil et la guidance en matière de pédagogie interculturelle et de soutien linguistique;
- 12° élaborer et reconnaître des avis;

13° participer au développement de concepts en matière de pédagogie de soutien et au pilotage de leur mise en œuvre.

§ 2 - Pour mener à bien ces missions, le Centre coopère avec tous les partenaires actifs dans le domaine de la pédagogie de soutien ainsi qu'avec toutes les institutions dont les compétences s'étendent à la mise en œuvre de la Convention des Nations Unies relative aux droits des personnes handicapées, faite à New York le 13 décembre 2006.

Le Centre met en place les structures nécessaires à la coopération avec ces partenaires et institutions. Le rapport annuel prévu à l'article 99.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone rend compte de la coopération susmentionnée.

§ 3 - Sans préjudice des § § 1^{er} et 2, le Centre peut se voir confier d'autres missions par décret.

CHAPITRE 2. — *Nature juridique, forme et fonctionnement du Centre*

Section 1^{re}. — Fondation

Art. 5. Fondation

Le Centre est fondé par la conclusion d'un accord correspondant entre les pouvoirs organisateurs qui organisent un centre commun de pédagogie inclusive en Communauté germanophone : le Gouvernement de la Communauté germanophone, d'une part, et l'enseignement confessionnel libre subventionné, d'autre part, représenté par l'association sans but lucratif « Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft » (Écoles épiscopales en Communauté germanophone).

Art. 6. Contenu de l'accord de fondation

L'accord mentionné à l'article 5 comprend des dispositions portant au moins sur les points suivants :

- 1° le nom et le siège du pouvoir organisateur;
- 2° le nom et l'implantation du Centre;
- 3° la désignation du premier directeur, la durée de la première désignation ne pouvant dépasser quatre ans;
- 4° la désignation des premiers chefs d'établissement d'enseignement spécialisé et du premier chef du service de conseil et de soutien;
- 5° l'inventaire des biens immeubles et des principaux biens meubles transférés ou mis à disposition.

Section 2. — Nature juridique

Art. 7. Nature juridique

Le Centre est une personne morale autonome de droit public.

Le Centre est un organisme d'intérêt public conformément à l'article 87 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone et est soumis aux dispositions dudit décret, dans sa version en vigueur au 1^{er} juin 2023.

Section 3. — Structure administrative du Centre

Sous-section 1^{re}. — Structure, organes d'administration et de participation

Art. 8. Structure du Centre

§ 1^{er} - Le Centre est dirigé par un directeur et se compose de plusieurs implantations d'enseignement spécialisé auxquelles est rattaché un internat, ainsi que d'un service de conseil et de soutien.

§ 2 - Le Centre organise un enseignement spécialisé au niveau de l'enseignement fondamental et secondaire.

L'enseignement fondamental spécialisé est organisé au niveau de quatre implantations :

- 1° Eupen, Monschauer Straße;
- 2° Eupen, Heidberg;
- 3° Butgenbach;
- 4° Saint-Vith.

L'enseignement secondaire spécialisé est organisé au niveau de l'implantation d'Eupen.

Chaque implantation d'enseignement spécialisé est placée sous la responsabilité d'un chef d'établissement d'enseignement spécialisé.

Chaque implantation d'enseignement spécialisé est située à proximité immédiate d'une école ordinaire. Dans chaque campus ainsi créé, l'école spécialisée forme avec au moins une école ordinaire une école inclusive sur la base d'un concept pédagogique élaboré en commun.

§ 3 - L'internat se trouve à Eupen et est placé sous la responsabilité d'un administrateur d'internat.

§ 4 - Le Centre comprend un service de conseil et de soutien placé sous la responsabilité d'un chef.

§ 5 - Les chefs d'établissement d'enseignement spécialisé, le chef du service de conseil et de soutien et l'administrateur d'internat sont soumis à l'autorité du directeur.

Art. 9. Organes d'administration et de participation

Les organes d'administration du Centre sont le conseil d'administration et la direction.

Le conseil d'administration est le pouvoir organisateur du Centre.

Les organes de participation sont les conseils pédagogiques des implantations d'enseignement spécialisé, de l'internat et du service de conseil et de soutien, ainsi que les organes consultatifs mis en place par le conseil d'administration.

Sous-section 2. — Conseil d'administration

Art. 10. Composition et durée du mandat

§ 1^{er} - Le conseil d'administration se compose des membres suivants, ayant voix délibérative :

- 1° deux représentants du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire;
- 2° deux représentants du pouvoir organisateur de l'enseignement libre subventionné;
- 3° un représentant de l'enseignement officiel subventionné;
- 4° un représentant des centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes;
- 5° un représentant des organisations syndicales représentatives en Communauté germanophone;
- 6° un représentant des organisations interprofessionnelles d'employeurs en Communauté germanophone;
- 7° un représentant du domaine de la formation continue et de la recherche en matière d'éducation inclusive;
- 8° un représentant qui représente les intérêts des personnes chargées de l'éducation;
- 9° un représentant du domaine de l'information et de la prévention en matière de santé.

Assistent également aux séances du conseil d'administration, avec voix consultative :

- 1° les commissaires du Gouvernement mentionnés à l'article 88 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;
- 2° le directeur du Centre, le chef du service de conseil et de soutien ainsi qu'un chef d'établissement d'enseignement spécialisé détaché par la direction, à moins que le conseil d'administration ne prenne, pour une séance déterminée, une décision contraire;
- 3° deux représentants des organisations syndicales représentatives en Communauté germanophone;
- 4° deux représentants des organisations interprofessionnelles d'employeurs en Communauté germanophone.

Les mandats des membres mentionnés à l'alinéa 1^{er} et à l'alinéa 2, 3^o et 4^o, ont une durée de cinq ans et sont renouvelables.

Les membres du conseil d'administration mentionnés aux alinéas 1^{er} et 2 ne peuvent exercer de mandat politique. En outre, ils ne peuvent être ni membre du personnel du Centre, à l'exception des membres mentionnés à l'alinéa 2, 2^o, ni membre du personnel d'un des organismes d'intérêt public mentionnés à l'article 87, § 2, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone.

§ 2 - Pour chaque membre effectif mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, il est prévu un suppléant, à l'exception des membres mentionnés aux 5^o et 6^o pour chacun desquels deux suppléants sont prévus. Chaque suppléant est sélectionné selon les mêmes critères que le membre effectif qu'il remplace. Si un membre du conseil d'administration perd la qualité en vertu de laquelle il est membre du conseil d'administration, son mandat prend fin et est achevé par son suppléant. En cas de démission du suppléant, une nouvelle désignation intervient pour la période restante. Les membres effectifs ont en outre la possibilité de se faire représenter par leur suppléant aux réunions.

§ 3 - Le Gouvernement désigne les membres effectifs du conseil d'administration mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 6^o, et les suppléants sur proposition des instances mentionnées aux mêmes points, ainsi que les membres effectifs mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 7^o à 9^o, et les suppléants sur proposition du Conseil consultatif pour les personnes handicapées. Sur proposition des instances susmentionnées, le Gouvernement peut en tout temps retirer aux membres effectifs ou suppléants leur mandat et désigner de nouveaux membres effectifs ou suppléants, selon le cas, pour la période restante.

§ 4 - Le conseil d'administration est dirigé par un président, désigné en son sein. Un président suppléant est également prévu, désigné lui aussi au sein du conseil d'administration.

La disposition de l'article 13, alinéa 1^{er}, s'applique à la procédure de désignation. La séance en question est présidée par le doyen des membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}. Les autres modalités de la procédure sont fixées dans le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 12.

§ 5 - Le conseil d'administration a la possibilité de consulter des représentants du personnel ainsi que des experts internes et externes et de les faire participer, avec voix consultative, à ses réunions. Le conseil d'administration fixe les modalités détaillées dans le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 12.

Art. 11. Missions

Le conseil d'administration dispose de tous les pouvoirs et compétences d'un pouvoir organisateur qui sont nécessaires à l'orientation stratégique et en matière de contenu du Centre, ainsi qu'à l'organisation et à la gestion de celui-ci, notamment :

- 1° la désignation du directeur, à l'exception du premier directeur;
- 2° la nomination à titre définitif des membres du personnel;
- 3° la désignation des membres du personnel temporaires;
- 4° l'utilisation des moyens financiers (budget);
- 5° la passation de marchés de travaux, de fournitures et de services;
- 6° l'établissement d'un inventaire de tous les biens immeubles du Centre;
- 7° la fixation des mesures architecturales et travaux d'entretien;
- 8° la fixation des missions confiées au personnel;
- 9° la détermination du projet éducatif compte tenu des objectifs généraux du Centre tels que définis à l'article 3.

Le conseil d'administration peut déléguer des pouvoirs de décision au directeur.

Art. 12. Règlement d'ordre intérieur

Le conseil d'administration se dote d'un règlement d'ordre intérieur et le soumet à l'approbation du Gouvernement.

Art. 13. Quorum de présence

Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si au moins six membres sont présents.

Si le quorum de présence requis pour prendre une décision n'est pas atteint lors d'une réunion, le conseil d'administration tient une nouvelle réunion, au plus tôt le septième jour et au plus tard le quatorzième jour suivant cette réunion. Au cours de cette nouvelle réunion, une décision peut être prise indépendamment du nombre de membres présents.

Art. 14. Quorum de vote

Les décisions sont prises à la majorité simple. Les abstentions ne sont pas autorisées. En cas de parité des voix, la voix du président ou, lorsqu'il est absent, celle du président suppléant est prépondérante.

Art. 15. Avis et consultation

Le conseil d'administration peut solliciter l'avis des conseils pédagogiques ou de l'organe consultatif mentionné à l'article 19.

Le personnel est consulté sur les décisions le concernant qui sont fixées dans le règlement d'ordre intérieur. Ceci a lieu sans préjudice des compétences des comités de négociation et de concertation régies par la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités et par les dispositions d'exécution y relatives.

Sous-section 3. — Direction

Art. 16. Composition

La direction se compose du directeur, des chefs d'établissement d'enseignement spécialisé et du chef du service de conseil et de soutien, sans préjudice de l'article 8, § 5.

Art. 17. Missions et fonctionnement

§ 1^{er} - La direction assure l'administration et l'organisation quotidiennes du Centre dans les domaines administratif, technique et financier, mais aussi sur le plan du contenu.

Elle remplit en outre les missions suivantes :

1° elle applique les décisions du conseil d'administration;

2° elle soumet le budget au conseil d'administration pour approbation;

3° elle prépare le plan des emplois vacants et temporaires;

4° elle rédige, pour le conseil d'administration, le rapport annuel des activités menées par le Centre, rapport qui servira de base pour le rapport annuel mentionné à l'article 99.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone;

5° elle émet des propositions concernant des mesures architecturales et travaux d'entretien;

6° elle veille à l'application du règlement de travail.

Sans préjudice de dispositions décrétales confiant directement des missions au directeur, aux chefs d'établissement d'enseignement spécialisé ou au chef du service de conseil et de soutien, le conseil d'administration établit la description précise des missions du directeur, des chefs d'établissement d'enseignement spécialisé et du chef du service de conseil et de soutien.

§ 2 - La direction prépare les réunions du conseil d'administration en collaboration avec celui-ci.

Sous-section 4. — Organes de participation

Art. 18. Conseils pédagogiques

Le conseil d'administration met sur pied un conseil pédagogique respectivement pour chaque implantation d'enseignement spécialisé, pour l'internat et pour le service de conseil et de soutien.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le conseil d'administration est libre de regrouper plusieurs conseils pédagogiques en un seul.

Le conseil pédagogique a un droit d'information et de consultation en ce qui concerne toute question pédagogique et toute matière relative à l'organisation des implantations d'enseignement spécialisé, de l'internat ou du service de conseil et de soutien.

La composition, les missions et le fonctionnement des conseils pédagogiques sont régis par décret.

Art. 19. Organe consultatif

Le conseil d'administration peut convoquer un conseil consultatif afin de lui confier l'établissement d'avis sur des questions spécifiques.

Le conseil d'administration décide de la composition et du mandat de l'organe consultatif.

Section 4. — Fondement philosophique

Art. 20. Fondement philosophique

La pluralité articulée constitue le fondement philosophique sur lequel reposent la mission et l'offre du Centre. Elle concerne aussi bien les individus pris séparément que l'institution en tant que telle.

La pluralité articulée signifie que tout membre du personnel a le droit d'articuler ce qu'il peut apporter en tant que personne dans le cadre de la mission du Centre et de sa fonction. Il convient de respecter à cet égard les convictions d'autrui ainsi que la Convention des Nations Unies du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant et celle du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées, la Déclaration universelle des droits de l'homme des Nations Unies du 10 décembre 1948, la Convention européenne de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales du 4 novembre 1950 et la Constitution.

La mission et l'offre du Centre sont réalisées avec la plus grande rigueur scientifique et la plus grande objectivité possibles.

CHAPITRE 3. — *Biens immeubles***Art. 21.** Inventaire des biens immeubles

Le conseil d'administration dresse un inventaire de tous les biens immeubles du Centre, avec mention de leur provenance et de leur destination. Il transmet cet inventaire au Gouvernement.

Le Gouvernement fixe les modalités relatives à l'établissement de cet inventaire.

L'inventaire est actualisé en permanence par le conseil d'administration. Toute modification ou adaptation est communiquée annuellement avec la proposition budgétaire au commissaire du Gouvernement, lequel transmet ces documents au Gouvernement.

CHAPITRE 4. — *Entrée en vigueur***Art. 22.** Entrée en vigueur

Le présent décret spécial entre en vigueur le 1^{er} septembre 2024, à l'exception de l'article 4, qui entre en vigueur à une date fixée par le décret relatif au Centre.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 22 avril 2024.

O. PAASCH,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

I. WEYKMANS,

La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias

L. KLINKENBERG,

La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2023-2024

Documents parlementaires : 340 (2023-2024) n° 1 Projet de décret spécial

340 (2023-2024) n° 2 Rapport

340 (2023-2024) n° 3 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 22 avril 2024 - n° 72 Discussion et vote

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/203680]

22 APRIL 2024. — Bijzonder decreet tot oprichting van een centrum voor inclusieve pedagogie

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen***Artikel 1.** Toepassingsgebied

Dit bijzonder decreet is van toepassing op het centrum voor inclusieve pedagogie, hierna: centrum.

Het op te richten centrum is een onderwijsinstelling in de zin van artikel 24 van de Grondwet.

Art. 2. Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit bijzonder decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. Algemene doelstelling

In het kader van de vervulling van zijn taken overeenkomstig artikel 4 legt het centrum de focus steeds op de optimale ontplooiing van de educatiemogelijkheden van de leerlingen in de Duitstalige Gemeenschap. Het verbindt zich verder tot de bevordering van het recht op inclusief onderwijs en redelijke aanpassingen overeenkomstig artikel 24 van het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, gedaan te New York op 13 december 2006, en overeenkomstig artikel 22ter van de Grondwet.

Art. 4. Taken

§ 1 - De taken van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde centrum voor bevorderingspedagogiek worden overgedragen aan het centrum. Het centrum oefent de overgedragen taken uit overeenkomstig de nadere regels die bij wet, decreet of besluit vastgesteld zijn.

De taken bedoeld in het eerste lid zijn:

1° gespecialiseerd basisonderwijs en gespecialiseerd secundair onderwijs verstrekken;

2° hulp verlenen bij de integratie van leerlingen in het arbeidsproces en instaan voor integratieve stages in ondernemingen organiseren;

3° een internaat leiden;

4° geschoold personeel ter beschikking stellen van de gewone scholen voor het verlenen van gespecialiseerde pedagogische ondersteuning;

5° de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone scholen coördineren;

6° hulp en advies verlenen bij het opstellen van individuele ondersteuningsplannen;

7° de gewone scholen en de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's adviseren en begeleiden bij vragen omtrent gespecialiseerde pedagogische ondersteuning;

8° de gewone en gespecialiseerde scholen alsook de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's helpen bij de uitbreiding van hun methodisch-didactische, pedagogische en psychologische competenties;

9° leerlingen begeleiden die wegens bijzondere moeilijkheden gedurende enige tijd de gewone lessen niet meer volgen en sociaal-pedagogische begeleiding moeten krijgen om zo snel mogelijk weer aan het dagelijkse schoolleven te kunnen deelnemen;

10° maatregelen organiseren en uitvoeren om de competenties inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning bij de personeelsleden in het onderwijs uit te breiden;

11° adviseren en begeleiden op het gebied van intercultureel onderwijs en taalonderwijs;

12° adviezen opstellen en erkennen;

13° meewerken aan de ontwikkeling van concepten op het gebied van gespecialiseerde pedagogische ondersteuning en aan de sturing van de uitvoering van die concepten.

§ 2 - Voor de vervulling van die taken werkt het centrum samen met alle partners die actief zijn op het gebied van gespecialiseerde pedagogische ondersteuning alsook met alle instellingen die bevoegd zijn voor de omzetting van het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap, gedaan te New York op 13 december 2006.

Het centrum creëert de nodige structuren voor de samenwerking met deze partners en instellingen. In het jaarverslag bedoeld in artikel 99.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt verslag uitgebracht over de voormelde samenwerking.

§ 3 - Met behoud van de toepassing van de paragrafen 1 en 2 kunnen bij decreet nog andere taken aan het centrum worden toegewezen.

HOOFDSTUK 2. — *Rechtskarakter, vorm en werking van het centrum*

Afdeling 1. — Oprichting

Art. 5. Oprichting

Het centrum wordt opgericht door middel van een oprichtingsovereenkomst waarbij een gemeenschappelijk centrum voor inclusieve pedagogie in de Duitstalige Gemeenschap wordt georganiseerd door de inrichtende machten van het onderwijs, zijnde enerzijds de Regering van de Duitstalige Gemeenschap en anderzijds het gesubsidieerd vrij confessioneel onderwijs, vertegenwoordigd door de vereniging zonder winstoogmerk Bischöfliche Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 6. Inhoud van de oprichtingsovereenkomst

De overeenkomst vermeld in artikel 5 omvat bepalingen die ten minste de volgende punten betreffen:

1° naam en zetel van de inrichtende macht;

2° naam en vestigingsplaats van het centrum;

3° aanwijzing van de eerste directeur, waarbij de duur van die eerste aanwijzing maximaal vier jaar bedraagt;

4° aanwijzing van de eerste inrichtingshoofden van gespecialiseerde scholen en van het eerste hoofd van de advies- en steundienst;

5° lijst van de onroerende goederen en van de belangrijkste roerende goederen die overgedragen of ter beschikking gesteld worden;

Afdeling 2. — Rechtskarakter

Art. 7. Rechtskarakter

Het centrum is een autonome publiekrechtelijke rechtspersoon.

Het centrum is een instelling van openbaar nut overeenkomstig artikel 87 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap en is onderworpen aan de bepalingen van dit decreet zoals van kracht op 1 juni 2023.

Afdeling 3. — Bestuursstructuur van het centrum

Onderafdeling 1. — Structuur, bestuurs- en medezeggenschapsorganen

Art. 8. Structuur van het centrum

§ 1 - Het centrum wordt geleid door een directeur en omvat verscheidene vestigingsplaatsen van gespecialiseerde scholen met een daaraan verbonden internaat en een advies- en steundienst.

§ 2 - Het centrum organiseert gespecialiseerd basisonderwijs en gespecialiseerd secundair onderwijs.

Het gespecialiseerd basisonderwijs wordt georganiseerd op vier vestigingsplaatsen:

1° Eupen, Monschauer Straße;

2° Eupen, Heidberg;

3° Bütgenbach;

4° Sankt Vith.

Het gespecialiseerd secundair onderwijs wordt georganiseerd in Eupen.

Elke vestigingsplaats van een gespecialiseerde school staat onder leiding van een inrichtingshoofd.

Elke vestigingsplaats van een gespecialiseerde school bevindt zich in de onmiddellijke nabijheid van een gewone school. Op elke campus die zo ontstaat, vormt de gespecialiseerde school met minstens één gewone school een inclusieve school op basis van een gezamenlijk uitgewerkt pedagogisch concept.

§ 3 - Het internaat bevindt zich in Eupen en staat onder leiding van een internaatbeheerder.

§ 4 - Het centrum omvat een advies- en steundienst die onder leiding staat van een hoofd.

§ 5 - De inrichtingshoofden van de gespecialiseerde scholen, het hoofd van de advies- en steundienst en de internaatbeheerder staan onder leiding van de directeur.

Art. 9. Bestuurs- en medezeggenschapsorganen

De bestuursorganen van het centrum zijn de raad van bestuur en de directie.

De raad van bestuur is de inrichtende macht van het centrum.

De medezeggenschapsorganen zijn de pedagogische raden van de vestigingsplaatsen van de gespecialiseerde scholen, van het internaat en van de advies- en steundienst alsook de door de raad van bestuur bijeengeroepen adviesorganen.

Onderafdeling 2. — Raad van bestuur

Art. 10. Samenstelling en duur van de mandaten

§ 1 - De raad van bestuur is samengesteld uit de volgende stemgerechtigde leden:

1° twee vertegenwoordigers van de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs;

2° twee vertegenwoordigers van de inrichtende macht van het gesubsidieerd vrij onderwijs;

3° één vertegenwoordiger van het gesubsidieerd officieel onderwijs;

4° één vertegenwoordiger van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's;

5° één vertegenwoordiger van de representatieve vakorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap;

6° één vertegenwoordiger van de interprofessionele werkgeversorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap;

7° één vertegenwoordiger uit het domein van de opleiding en het onderzoek inzake inclusief onderwijs;

8° één vertegenwoordiger die opkomt voor de belangen van de personen belast met de opvoeding;

9° één vertegenwoordiger uit het domein van de gezondheidsvoorlichting en -preventie.

De volgende personen wonen de vergaderingen van de raad van bestuur bij met raadgevende stem:

1° de regeringscommissarissen vermeld in artikel 88 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de directeur van het centrum, het hoofd van de advies- en steundienst en een door de directie afgevaardigd inrichtingshoofd van een gespecialiseerde school, tenzij de raad van bestuur voor een bepaalde vergadering anders daarover beslist;

3° twee vertegenwoordigers van de representatieve vakorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap;

4° twee vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties in de Duitstalige Gemeenschap.

De mandaten van de leden vermeld in het eerste lid en in het tweede lid, 3° en 4°, duren vijf jaar en zijn hernieuwbaar.

De in het eerste en tweede lid vermelde leden van de raad van bestuur mogen geen politiek mandaat bekleden. Bovendien mogen ze geen personeelslid zijn van het centrum, met uitzondering van de leden vermeld in het tweede lid, 2°, noch personeelslid van een instelling van openbaar nut die genoemd wordt in artikel 87, § 2, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - Voor elk in § 1, eerste lid, vermeld lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen, met uitzondering van de leden genoemd onder 5° en 6°, voor wie telkens twee plaatsvervangende leden worden aangewezen. Elk plaatsvervangend lid wordt uitgekozen volgens dezelfde criteria als het werkend lid dat het vervangt. Indien een lid van de raad van bestuur de hoedanigheid verliest op grond waarvan het lid van de raad van bestuur is, treedt zijn plaatsvervanger in zijn plaats voor de verdere duur van zijn mandaat. Indien het plaatsvervangend lid zijn ontslag geeft, wordt er een nieuw lid aangewezen voor de resterende duur van het mandaat. De leden hebben bovendien de mogelijkheid om zich op de vergaderingen door hun plaatsvervanger te laten vertegenwoordigen.

§ 3 - De Regering wijst de leden van de raad van bestuur vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 6°, en hun plaatsvervangende leden aan op de voordracht van de instantie die in de betreffende bepaling genoemd wordt, en de leden vermeld in § 1, eerste lid, 7° tot 9°, en hun plaatsvervangende leden op de voordracht van de adviescommissie voor mensen met een beperking. Op voorstel van de voormelde instanties kan de Regering te allen tijde leden of plaatsvervangende leden hun mandaat ontnemen en nieuwe leden of plaatsvervangende leden aanwijzen voor de resterende duur van het mandaat.

§ 4 - De raad van bestuur wordt geleid door een voorzitter die wordt aangewezen uit de leden van de raad van bestuur. Bovendien wordt er een plaatsvervangend voorzitter aangewezen uit de leden van de raad van bestuur.

Artikel 13, eerste lid, is van toepassing op de aanwijzingsprocedure. De vergadering wordt voorgezeten door de oudste van de leden vermeld in § 1, eerste lid. Het huishoudelijk reglement bedoeld in artikel 12 legt de nadere regels van de procedure vast.

§ 5 - De raad van bestuur kan personeelsvertegenwoordigers en ook interne en externe deskundigen raadplegen en met raadgevende stem aan de vergaderingen laten deelnemen. De nadere regels legt de raad van bestuur vast in het huishoudelijk reglement bedoeld in artikel 12.

Art. 11. Taken

De raad van bestuur beschikt over alle bevoegdheden van een inrichtende macht die noodzakelijk zijn voor de inhoudelijke en strategische invulling en voor de organisatie en het bestuur van het centrum, waaronder:

1° de aanwijzing van de directeur, met uitzondering van de eerste directeur;

2° de benoeming in vast verband van de personeelsleden;

3° de aanwijzing van de tijdelijke personeelsleden;

4° de aanwending van de financiële middelen (begroting);

5° de gunning van opdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten;

6° de inventarisatie van alle onroerende goederen van het centrum;

7° de bepaling van architectonische maatregelen en onderhoudswerken;

8° de bepaling van de opdrachten toevertrouwd aan het personeel;

9° de bepaling van het opleidingsproject rekening houdend met de in artikel 3 bepaalde algemene doelstelling van het centrum.

De raad van bestuur kan beslissingsbevoegdheden overdragen aan de directeur.

Art. 12. Huishoudelijk reglement

De raad van bestuur stelt een huishoudelijk reglement op en legt dat ter goedkeuring voor aan de Regering.

Art. 13. Quorum

De raad van bestuur kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste zes leden aanwezig zijn.

Indien het quorum om rechtsgeldig te besluiten niet bereikt is, wordt de raad van bestuur ten vroegste zeven dagen en ten laatste veertien dagen later opnieuw bijeengeroepen. Op die vergadering kan een beslissing worden genomen, ongeacht het aantal aanwezige leden.

Art. 14. Vereiste aantal stemmen

De beslissingen worden met eenvoudige meerderheid genomen. Stemonthoudingen zijn niet toegestaan. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter of, indien hij afwezig is, de stem van de plaatsvervangend voorzitter doorslaggevend.

Art. 15. Adviezen en raadpleging

De raad van bestuur kan het advies inwinnen van de pedagogische raden of van het adviesorgaan bedoeld in artikel 19.

Het personeel wordt geraadpleegd over beslissingen die betrekking hebben op het personeel en in het huishoudelijk reglement worden vastgelegd. Dat gebeurt onverminderd de bevoegdheden van de onderhandelings- en overlegcomités, die worden geregeld door de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel en door de desbetreffende uitvoeringsbepalingen.

Onderafdeling 3. — Directie

Art. 16. Samenstelling

De directie is samengesteld uit de directeur, de inrichtingshoofden van de gespecialiseerde scholen en het hoofd van de advies- en steundienst met behoud van de toepassing van artikel 8, § 5.

Art. 17. Taken en werkwijze

§ 1 - De directie staat in voor het dagelijks beheer en de dagelijkse organisatie van het centrum op administratief, technisch, financieel en inhoudelijk vlak.

Voorts heeft de directie volgende taken:

1° ze zet de beslissingen van de raad van bestuur om;

2° ze legt de raad van bestuur de begroting ter goedkeuring voor;

3° ze stelt een lijst met de vacante en tijdelijke betrekkingen op;

4° ze stelt het jaarlijkse activiteitenverslag van het centrum op voor de raad van bestuur, dat als basis dient voor het jaarverslag bedoeld in artikel 99.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap;

5° ze dient voorstellen in m.b.t. architectonische maatregelen en onderhoudswerken;

6° ze zorgt voor de inachtneming van het arbeidsreglement.

Met behoud van de toepassing van decretale bepalingen die taken rechtstreeks overdragen aan de directeur, de inrichtingshoofden van de gespecialiseerde scholen of het hoofd van de advies- en steundienst, legt de raad van bestuur de precieze taakomschrijving van de directeur, de inrichtingshoofden van de gespecialiseerde scholen en het hoofd van de advies- en steundienst vast.

§ 2 - De directie bereidt de vergaderingen van de raad van bestuur voor in samenwerking met de raad van bestuur.

Onderafdeling 4. — Medezeggenschapsorganen

Art. 18. Pedagogische raden

De raad van bestuur stelt een pedagogische raad aan voor elke vestigingsplaats van een gespecialiseerde school, voor het internaat en voor de advies- en steundienst.

In afwijking van het eerste lid staat het de raad van bestuur vrij verscheidene pedagogische raden samen te voegen tot één pedagogische raad.

De pedagogische raad heeft een informatie- en adviesrecht in alle pedagogische aangelegenheden en in alle aangelegenheden met betrekking tot de organisatie van de vestigingsplaatsen van de gespecialiseerde scholen, het internaat of de advies- en steundienst.

De samenstelling, de taken en de werkwijze van de pedagogische raden worden bij decreet geregeld.

Art. 19. Adviesorgaan

De raad van bestuur kan een adviesorgaan bijeenroepen om advies in te winnen over specifieke aangelegenheden.

De raad van bestuur beslist over de samenstelling en de opdrachten van het adviesorgaan.

Afdeling 4. — Levensbeschouwelijke grondslag

Art. 20. Levensbeschouwelijke grondslag

De gearticuleerde pluraliteit is de levensbeschouwelijke grondslag voor de opdracht en het aanbod van het centrum. Ze geldt zowel voor de individuele personen als voor de inrichting als dusdanig.

Gearticuleerde pluraliteit betekent dat elk personeelslid het recht heeft te uiten wat het als persoon binnen de opdracht van het centrum en binnen zijn functie kan rechtvaardigen. Daarbij moeten de overtuigingen van anderen gerespecteerd worden en moeten het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de Rechten van het Kind van 20 november 1989, het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap van 13 december 2006, de Universele Verklaring van de Rechten van de Mens van de Verenigde Naties van 10 december 1948, het Europees Verdrag over de Bescherming van de Mensenrechten en de Fundamentele Vrijheden van 4 november 1950 en de Grondwet in acht worden genomen.

Bij de concretisering van de opdracht en het aanbod van het centrum worden een zo groot mogelijke wetenschappelijke rigueur en objectiviteit aan de dag gelegd.

HOOFDSTUK 3. — *Onroerende Goederen*

Art. 21. Inventaris van de onroerende goederen

De raad van bestuur stelt een inventaris van alle onroerende goederen van het centrum op waarin hij de afkomst en de bestemming ervan vermeldt. Hij bezorgt die inventaris aan de Regering.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het opstellen van die inventaris.

De inventaris wordt permanent geactualiseerd door de raad van bestuur. Elke wijziging of aanpassing wordt jaarlijks, samen met het begrotingsvoorstel, meegegeed aan de regeringscommissaris, die deze documenten overzendt aan de Regering.

HOOFDSTUK 4. — *Inwerkingstreding*

Art. 22. Inwerkingstreding

Dit bijzonder decreet treedt in werking op 1 september 2024 met uitzondering van artikel 4, dat in werking treedt op een tijdstip dat bij decreet betreffende het centrum wordt vastgelegd.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 22 april 2024.

O. PAASCH,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 340 (2023-2024) Nr. 1 Ontwerp van bijzonder decreet

340 (2023-2024) Nr. 2 Verslag

340 (2023 - 2024) Nr. 3 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 22 april 2024 - Nr. 72 Bespreking en stemming

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C - 2024/007529]

23 MAI 2024. — Arrêté du Gouvernement wallon adoptant définitivement la révision du plan de secteur de Philippeville-Couvin (planches 57/4 et 57/8) portant sur l'inscription d'une zone d'activité économique industrielle et de deux zones d'activité économique mixte, en extension de la zone d'activité économique industrielle sise le long de la N5, ainsi que d'une zone agricole et d'une zone naturelle sur le territoire de la commune de Couvin (Mariembourg et Frasnes)

Le Gouvernement wallon,

Vu le Code du développement territorial (CoDT), l'article D.II.50 ;

Vu le schéma de développement du territoire adopté par le Gouvernement wallon le 27 mai 1999 ;

Vu le plan de secteur de Philippeville-Couvin, adopté définitivement par arrêté royal du 24 avril 1980, et ses révisions ultérieures ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 16 juin 2016 :

- décidant de réviser le plan de secteur de Philippeville-Couvin (planches 57/4 et 57/8) ;

- adoptant le projet de plan visant à inscrire, sur le territoire de la commune de Couvin (Mariembourg et Frasnes), une zone d'activité économique industrielle et deux zones d'activité économique mixte ainsi que les compensations planologiques y associées en vue de permettre l'extension de la zone d'activité économique sise à Mariembourg le long de la N5 ;